




Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

: Politische Briefe. XVI. : Der Ausgang des Reichstags und die Ansätze zu neuen Parteibildungen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Politische Briefe.

XVI.

Der Ausgang des Reichstags und die Ansätze zu neuen Parteibildungen.

Der Reichstag ist zu Ende, und merkwürdig, nachdem das Ergebnis eines der bedeutsamsten geworden, welches je von einem deutschen Parlamente zu Stande gebracht, beschäftigt man sich zunächst doch viel weniger mit diesem Ergebnis selbst, als mit seiner Rückwirkung auf die Stellung der Parteien untereinander, zur Regierung und zum Volke. Ja, es fehlt nicht an einzelnen Stimmen, welche die vom Reichstage beschlossene Tarifreform schon jetzt zum Aufregungsmittel benutzen möchten, noch ehe man von ihren Wirkungen die allergeringste Probe haben kann. Aber solche Stimmen beweisen doch nur einerseits, wie wenig die öffentliche Meinung zu einer ruhigen und gesammelten Prüfung der beschlossenen großen Maßregel zur Zeit schon in der Gemüthsverfassung ist, andererseits verräth die Unsicherheit dieser Stimmen deutlich genug, daß ihre Angriffe weniger von fester Ueberzeugung als von dem Bedürfnis des Parteistandpunktes eingegeben sind, von dem die Stimmführer aber keineswegs wissen, ob er sich ihnen nicht bald wird verrücken müssen.

Das Natürliche wäre wohl eine Pause der Sammlung. Was für und gegen die Tarifreform im voraus zu sagen war, ist alles gesagt worden. Jetzt muß man die Wirkungen abwarten und ihnen das Wort der Entscheidung lassen. Höchstens wäre es an der Zeit, zu Rathe zu gehen, wie man den möglichen schädlichen Nebenwirkungen, z. B. der mißbräuchlichen Ausbeutung des Tarifs durch den Zwischenhandel mit Wachsamkeit begegnen kann. Aber alle solche Fragen, auch die Frage des Erfolges etwa sich vorbereitender Repressalien des Auslandes, werden höchstens oberflächlich gestreift, das eigentliche Interesse richtet sich auf die Stellungnahme der Parteien, und da herrscht noch vollkommene Unsicherheit.

Bei der Generaldiskussion der Tarifvorlage hielt am 6. Mai Herr v. Bennigsen jene Rede, welche dem freihändlerischen Theile seiner Partei so wenig zusagte, dafür aber den Redner und die nicht geringe Zahl seiner engeren Freunde in der Fraktion dicht an die Seite der Regierung geführt zu haben schien. Was Herrn v. Bennigsen dann doch von der Regierung entfernt hat, weiß man, oder man glaubt es zu wissen. Herr v. Bennigsen hatte zur Wahrung der sogenannten konstitutionellen Rechte des Reichstags in Bezug auf die Einnahme-Bewilligung als Mitglied der Tarifkommission vorgeschlagen: die Abhängigkeit der Höhe des Kaffeezolls und der Salzsteuer von dem jährlichen Beschlusse des Reichstags. Dieser Vorschlag wurde schon in der Tarifkommission verworfen und dafür der Frankenstein'sche angenommen, welcher den Ertrag sämtlicher Zölle und der Tabaksteuer, soweit er die Summe von 130 Millionen Mark übersteigt, den Einzelstaaten als Eigenthum zuweist, dagegen zur Deckung der jene Summe übersteigenden Reichsbedürfnisse die Matrikularbeiträge beibehält. Herr v. Bennigsen erklärte bereits in der Kommission, wenn dieser Frankenstein'sche Antrag angenommen würde, so müsse er gegen den ganzen Tarif stimmen. Das war eine eigenthümliche Position, die von dem bisherigen nationalliberalen Standpunkte keineswegs ohne weiteres gerechtfertigt werden konnte. Sie war erstens nicht zu rechtfertigen von dem sogenannten konstitutionellen Standpunkte der Nationalliberalen. Denn die Partei hatte bis dahin immerfort erklärt, die Matrikularbeiträge gewährten ein gutes Einnahme-Bewilligungsrecht, und man könne in ihre Beseitigung nur willigen gegen die Einführung eines Bewilligungsrechtes für einen den Matrikularbeiträgen entsprechenden Theil der neuen Reichseinnahmen. Nun behielt man ja die Matrikularbeiträge, und man konnte also nicht plötzlich über ein verkürztes Einnahme-Bewilligungsrecht klagen. Aber die plötzliche Opposition war auch nicht gerechtfertigt vom Standpunkte des Reichsgedankens, wie ihn die nationalliberale Partei zu vertreten beabsichtigt. Denn bei der Bekämpfung der Matrikularbeiträge zu dem Zwecke, die Abhängigkeit des Reiches von den Einzelstaaten aufzuheben, hatte man eben diesen Zweck, nicht aber die Form im Auge. Man wollte den Zustand beseitigen, in welchem die Einnahmequellen des Reiches durch die Einzelstaaten geschaffen werden mußten. Wenn man dies erreichte, wenn man das Reich nicht nur zum Schöpfer seiner eigenen Einnahmen, sondern überdies zum thatsächlichen Versorger der Einzelstaaten machte, so hatte der Reichsgedanke den größten Triumph gefeiert, das Ganze hing nicht mehr von den Theilen ab, sondern die Theile waren vom Ganzen abhängig gemacht. Wenn dies der thatsächliche Zustand geworden war, was konnte es verschlagen, wenn den Einzelstaaten der Eigenthumstitel auf die von dem Reiche geschaffenen Einnahmen belassen oder verliehen wurde? Die volle

Macht des Reiches war ja gewahrt, den nominellen Eigenthümer nur soweit zum Besitzer zu machen, als das Reich als Gläubiger der Einzelstaaten aus deren nominellem Eigenthum seine Bedürfnisse vollauf gedeckt hatte.

Es würde der nationalliberalen Partei, soweit sie sich nicht für den unbedingten Freihandel erklärt hatte, sehr schwer geworden sein, den Uebergang zur Opposition vor der Oeffentlichkeit wirksam zu motiviren, wenn nicht der Rücktritt der drei Minister eine willkommene Hilfe geboten hätte. Nun konnte man sagen: Da seht ihr, daß eine allgemeine Reaktion im Anzuge sein muß, wenn selbst solche Männer sich nicht mehr im Stande fühlen, bei dem Reichskanzler auszuharren! So mußte schließlich ein blinder Schreckschuß die ernstesten Gründe ersetzen, und nun spielte sich der erste Akt der Oppositionsrolle mit Leichtigkeit ab. Am 5. Juli hielt Herr Laszler seine Petroleumrede, worin er diesen Zoll als die schreiendste Belastung der Mittellosen behufs Entlastung der Reichen hinstellte. Am 7. Juli konnte Herr Eugen Richter ohne Widerspruch, zum Theil mit Beifall aus den nationalliberalen Reihen, das bisher nur vom Centrum auf den Reichskanzler angewandte Wort des Kapuziners auf die Fahne des Liberalismus schreiben: „Solang der Kaiser diesen Friedland läßt walten, so lang wird nicht Fried im Land.“ Am 9. Juli kam es zu der großen Auseinandersetzung des Kanzlers, welche darin gipfelte, daß er die Ansprüche der nationalliberalen Partei nicht zur Richtschnur seiner Politik machen könne, weil diese Partei erstlich nicht die Majorität des Reichstages ausmache, und weil sie zweitens, wenn Dinge einmal nicht nach ihrem Sinne gehen, sofort bereit sei, in eine rücksichtslose, staatszerstörende Opposition umzuschlagen, wie der Abgeordnete Laszler in seiner Petroleumrede. Am 10. Juli aber kamen die Erklärungen des, freilich einstweilen noch kleinen Theils der nationalliberalen Partei, welcher auch dem Herrn v. Bennigsen nicht in die Opposition folgen will. Mit der an ihm gewohnten Tapferkeit erklärte der Abgeordnete Bölk, die Nichterobertung formeller Garantien für die Macht des Reichstages könne ihn nicht zur Opposition führen, da es mit solchen Garantien wenig auf sich habe. Und ferner: wenn der Minister Falk durch seine Stellung zu den innerkirchlichen Angelegenheiten Preußen's zum Rücktritt bewogen worden, so sei das kein Grund für den Reichstag, die Finanzreform in der letzten Stunde zu vereiteln. Diese Rede Bölk's wurde freilich der Anlaß einer formellen Mißbilligung seitens der Fraktion, und diese Mißbilligung hat wiederum den Austritt des Abgeordneten Bölk mit 15 Gefinnungsgegnern zur Folge gehabt, denen der Abgeordnete v. Treitschke vorgegangen war.

Der Reichstag ist geschlossen, und die Befürchtung ist zur Wirklichkeit geworden, daß das Reformwerk des Kanzlers durch die Hilfe des Centrums

gegen den Widerstand der Mehrheit der nationalliberalen Partei hat in's Leben treten müssen. Was hat Herrn v. Bennigsen, der, wie man sagt, eine ruhige und staatsmännische Natur ist, bewogen, sich mit seinen Freunden der Opposition anzuschließen, anstatt mit diesen Freunden auf den Standpunkt Böck's zu treten und damit die nationalliberale Fahne im Dienste des Reichsgedankens und der Politik des Fürsten Bismarck, welche nur diesen Gedanken zum Ziele hat, nach wie vor hoch zu halten? Die Gründe, welche Herr v. Bennigsen der Öffentlichkeit vorgelegt hat, sind von ungenügender Ueberzeugungskraft. Doch können wir nicht anders als annehmen, daß ihm der Gedanke der parlamentarischen Regierung, dem er zustrebt, allzuweit in die Ferne gerückt schien durch die Nichteroberung formeller Garantien dieser Herrschaft bei einer so günstigen Gelegenheit. Die öffentliche Meinung wird diesen Oppositionsgrund kaum zu würdigen vermögen. Der andere Grund aber, daß der Reichsgedanke preisgegeben sei, wird schon in kurzem überall nur ein Lächeln hervorrufen. Die nationalliberale Partei hat sich eine schwere Rolle erwählt, wenn sie zugleich Opposition sein und dabei sich nicht den reichsfeindlichen Parteien anschließen will. Schon verwahrt man in einem Theil des nationalliberalen Lagers sich gegen die Eugen Richter'sche Parole: Weg mit Bismarck! Will man aber nicht darauf hinarbeiten, das Ende der Wirksamkeit des Kanzlers zu beschleunigen, so verträgt es sich wenig mit dieser Vorsage, wenn man jener Wirksamkeit doch in einer so wichtigen Maßregel wie die Finanzform nicht bloß bei ihrer Einführung entgegengetreten ist, sondern dieselbe auch nach der Einführung bekämpfen zu wollen die Miene annimmt.

Die natürliche Logik scheint zu fordern, daß jetzt eine liberale Freihandelspartei sich bildet neben der Fortschrittspartei oder mit ihr zusammenfallend. Außerdem aber muß jetzt eine nationale Partei sich bilden mit dem Programm, dem nationalen Gedanken und diesem ausschließlich zu dienen, alles andere nach der Opportunität für die Förderung dieses Gedankens zu behandeln.

Wir halten nicht dafür, daß diese Partei sich sofort an die Freikonservativen anschließen oder diese zu sich herüberziehen müsse. Denn konservativ wie liberal sollen für die nationale Partei nur Mittel zum Zweck sein. Nach einiger Zeit wird es freilich zu einer Verschmelzung mit den Freikonservativen, deren Standpunkt der nämliche, nur noch nicht mit voller Klarheit der Aussprache ist, kommen dürfen.

Wenn die nationalliberale Partei einer Zerfetzung bereits anheimgefallen ist, so geht das Centrum demselben Schicksal unfehlbar entgegen. Denn in dieser Partei waren allzu disparate Elemente vereinigt. Wenn der Friede mit Rom, wie es immermehr den Anschein gewinnt, zu Stande kommt, so wird er

ehrenvoll für den Staat ausfallen. Denn der bedrängte Theil ist Rom, und der Vatikan ist in der Lage, schon den bloßen Stillstand des Kampfes mit dem deutschen Reiche für ein unschätzbares Gut zu achten. Denn dieser Stillstand schon lähmt bis auf weiteres die in der ganzen romanischen Welt gegen Rom aufgehobene Hand des Staates. Die staatsmännischen Mitglieder des Zentrums werden dies begreifen und darum nicht nur den Frieden halten, sondern sich in der Hauptsache zur Stütze der Regierungspolitik machen. Auf diesen Weg können aber diejenigen Elemente der bisherigen Opposition nicht folgen, welche noch mehr politisch radikal als klerikal sind. Und auch diejenigen Elemente nicht, welche in erster Linie partikularistisch, und endlich diejenigen nicht, deren Lebensluft ein cynischer Fanatismus und die Verfekerung aller Sitte und Bildung geworden. Die Sammlung der oppositionellen Elemente gegen das Reich und den Fürsten Bismarck wird nicht anziehender werden dadurch, daß nur der Bodensatz des Zentrums ihr angehörig bleibt, der, ungebunden, seine Natur gar herrlich offenbaren wird. Wenn Herr v. Bennigsen und seine Freunde in dieser Sammlung auszuharren gewillt sind: das gebildete deutsche Bürgerthum, das sie immerfort als ihren Heerbann darstellen, wird nicht mit ihnen auszuharren



Die deutsche Literatur zur Zeit des siebenjährigen Krieges.

Von Julian Schmidt.

V.

Möser war Humorist. Zum Theil liegt gerade darin seine historische Stellung. In der Wolffischen Philosophie und der Dichtung, die sich ihr angeschlossen, wurde alles ernsthaft und dogmatisch behandelt, und die Schule Voltaire's deckte mit ihrem Spott gegen Andersgläubige eigentlich nur den eignen Dogmatismus. Bodmer schalt selbst Lessing einen Spasmacher und veranlaßte diesen, sich ausdrücklich des geschmähten Capriccio anzunehmen.

Nun aber erregten zwei Engländer die Aufmerksamkeit des deutschen Publikums: Hume und gleichzeitig Sterne, dessen „Tristram Shandy“ seit 1759 erschien. Wieland schwärmte für den letzteren, auch Lessing wurde ungewöhnlich warm, und es gelang ihm, auch Mendelssohn zu bekehren. „Anfangs,“ erzählte dieser,